

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Franziska Pennekamp

Titel: Anerkennung AK Ökologie

Antragstext

1 Die Grüne Jugend beschließt die Wiederanerkennung des Arbeitskreises Ökologie.

Begründung

mündlich

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Deetje Fehlings (Grüne Jugend Kreis Steinfurt)

Titel: **Anerkennung der Grünen Jugend Kreis Steinfurt
als Basisgruppe der GJ NRW**

Antragstext

- 1 Wir, die Grüne Jugend Kreis Steinfurt, beantragen hiermit die Anerkennung als
- 2 Basisgruppe der Grünen Jugend NRW.

Begründung

Mit der Anerkennung als offizielle Basisgruppe vor Ort hoffen wir auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der GJ NRW sowie auf gegenseitige Unterstützung bei jungen grünen Themen, wie dem Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Antifaschismus und LGBT*-Rechten.

V3

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Joanna Weigand, Malte Hennes

Titel: Anerkennung des AK Shalom

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung möge beschließen, den AK Shalom für ein weiteres Jahr
- 2 anzuerkennen.

Begründung

Erfolgt mündlich

V4

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Sven van Heek

Titel: Anerkennung der Grünen Jugend Kreis Kleve

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend NRW möge beschließen, die Grüne Jugend Kreis Kleve als
- 2 Basisgruppe anzuerkennen.

Begründung

erfolgt mündlich

V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Kira Baumann

Titel: Anerkennung des AK Europa und Globales

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung beschließt den AK Europa und Globales für ein
- 2 weiteres Jahr anzuerkennen.

Begründung

erfolgt mündlich

V6

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Franziska Münster

Titel: Anerkennung der Grünen Jugend Kreis Höxter

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend NRW möge beschließen, die Grüne Jugend Kreis Höxter als
- 2 Basisgruppe anzuerkennen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V9

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: AK QUEER (beschlossen am: 26.01.2020)

Titel: Anerkennung des AK Queer

Antragstext

1 Die Grüne Jugend NRW beschließt die Anerkennung des Arbeitskreises "QUEER".

Begründung

mündlich

V10

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Stefan Matthias Pape (AK Drogen)

Titel: Anerkennung AK Drogen

Antragstext

- 1 Die Mitgliederversammlung der Grünen Jugend NRW beschließt den AK Drogen für
- 2 ein weiteres Jahr anzuerkennen.

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GJ Ruhr (beschlossen am: 20.12.2019)

Titel: **Gaskraftwerke und Wind statt Steinkohle-Comeback und Dinosaurierreanimation - Ein entschiedenes NEIN zur Inbetriebnahme von Datteln 4**

Antragstext

1 Einen Wiedereinstieg in die Nutzung von Steinkohle, wie mit Datteln 4 von der
2 schwarz-gelben Landesregierung vorgeschlagen, halten wir als Grüne Jugend
3 Ruhrgebiet für unverantwortlich und unvertretbar im Angesicht der Klimakrise.

4 Mit dieser Maßnahme würde nicht nur die Gesundheit der in Datteln lebenden
5 Bürger*innen beeinträchtigt, es würde auch der ohnehin schon katastrophale
6 Kohlekompromiss aufgekündigt und das 1,5 Grad Ziel würde in noch weitere Ferne
7 rücken. Ministerpräsident Armin Laschet betreibt hier bewusste Irreführung und
8 stellt mit seiner Taschenspielerargumentation den Netzanschluss von Datteln als
9 Co2-einsparende Maßnahme dar.

10 Dem wollen wir entgegenhalten, dass das rechnerisch nicht stimmt: denn so erhöht
11 sich der Kohleanteil an der gesamten Stromproduktion.
12 Die Argumentation, zur Kompensation erfolge eine Abschaltung älterer Werke,
13 lässt sich hingegen aufgrund der unklaren gesetzlichen Lage im Moment nur
14 spekulieren. Auch für das Ruhrgebiet wäre Datteln IV ein großer Rückwärtsschritt.
15 Hier bremst die Regierung die längst überfällige Energiewende aus, indem durch
16 hochtourig laufende Kraftwerke die ökologisch sinnvolleren Gaskraftwerke aus dem
17 Netz gedrängt würden.

18 Nach der vollkommen maßlosen Abstandsregel für Windräder würde damit bereits die
19 zweite Branche sabotiert, auf die wir für eine erfolgreiche Dekarbonisierung

20 angewiesen sind.

21 In dem Bereich der erneuerbaren Energien liegt dabei Potenzial für den
22 Strukturwandel der Region, der Potenzial bietet statt an Technologien der
23 Vergangenheit festzuhalten.

24 Die Liste der Probleme hört hier nicht auf: Für den Abbau der Kohle, der von
25 Unternehmen wie RWE und Uniper aus dem Kusbass bezogen wird, entstehen für die
26 Bevölkerung und die Tagebauer*innen große Gesundheitsrisiken und eine
27 Verschmutzung der Umwelt.

28 Das für billige Energie in Deutschland andere Regionen leiden, darf nicht sein.
29 Hier verschleiern Konzerne die Schädlichkeit und missachten ihre Verantwortung
30 aus Gründen der finanziellen Rentabilität.

31 Zwar können wir den Unmut über die sich abzeichnenden Entschädigungszahlungen
32 aus Steuergeldern nachvollziehen, stattdessen empfehlen wir aber Armin Laschet
33 und der Landesregierung, ihre Energie in die Abschaffung des Rechtsanspruchs auf
34 Entschädigungen bei entgangenem Gewinn zu stecken. Für Technologien der
35 Vergangenheit muss es keine Planungssicherheit geben.

36 Sollte es dazu kommen, dass Datteln 4 ans Netz geht, erklären wir uns
37 solidarisch mit den sich abzeichnenden Demonstrationen sowie mit
38 Protestaktionen, die zivilen Ungehorsam miteinschließen.

39 End Coal Now - Glück Auf!

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 09.02.2020)

Titel: **Gaskraftwerke und Wind statt Steinkohle-Comeback und Dinosaurierreanimation - Ein entschiedenes NEIN zur Inbetriebnahme von Datteln 4**

Antragstext

1 Vor einem Jahr hat die Kohlekommission einen Kompromiss für den Kohleausstieg
2 vorgelegt, der anknüpfungspunkte für den Erhalt des Hambacher Waldes sowie den
3 aller von den Tagebauen bedrohten Dörfer bot, klimapolitisch jedoch eine Absage
4 an das Pariser Klimaschutzabkommen erteilte.

5 Nun liegt der so genannte Kohlekompromiss zwischen der Bundesregierung und den
6 Ministerpräsidenten der Kohle-Länder auf dem Tisch - eine weitere Enttäuschung:
7 Die Reihenfolge und die Zeitpunkte der Kohlekraftwerks-Abschaltungen werden im
8 Kompromiss zeitlich verschoben. Von einem stetigen Ausstiegspfad kann dadurch
9 keine Rede mehr sein. Es drohen zusätzliche CO₂-Emissionen von 150 Millionen
10 Tonnen.

11 Besonders fassungslos macht uns als GRÜNE JUGEND NRW, dass im Angesicht der
12 Klimakrise mit Datteln IV sogar noch ein weiteres Kohlekraftwerk ans Netz gehen
13 soll. Damit rückt das 1,5 Grad Ziel in noch weitere Ferne.

14 Ministerpräsident Armin Laschet betreibt hier bewusste Irreführung und stellt
15 mit seiner Taschenspielerargumentation den Netzanschluss von Datteln als CO₂-
16 einsparende Maßnahme dar.

17 Dem wollen wir entgegenhalten, dass das rechnerisch nicht stimmt: denn so erhöht
18 sich der Kohleanteil an der gesamten Stromproduktion.

19 Die Argumentation, zur Kompensation erfolge eine Abschaltung älterer Werke, ist
20 aufgrund der unklaren gesetzlichen Lage im Moment nur Spekulation. Auch für das
21 Ruhrgebiet wäre Datteln IV ein großer Rückwärtsschritt.

22 Hier bremst die Regierung die längst überfällige Energiewende aus, indem durch
23 hochoffiziell laufende Kraftwerke die ökologisch sinnvolleren Gaskraftwerke aus dem
24 Netz gedrängt würden. Doch in absehbarer Zeit muss die Kraftwerksleistung von
25 Datteln IV durch 100% CO₂-freie und erneuerbare Energien ersetzt werden.

26 Doch diese Rechnung geht nicht auf: Durch das neue Kraftwerk wird die
27 Wirtschaftlichkeit der Kohle für die Betreiber gesteigert, was eine höhere
28 Auslastung gegenüber alten Kraftwerken zur Folge hat. Das ohnehin überfällige
29 Abschalten nicht ausgelasteter alter Kraftwerksblöcke wird daher die
30 zusätzlichen CO₂-Emissionen vermutlich nicht vollständig kompensieren.

31
32 Auch für das Ruhrgebiet wäre Datteln IV ein großer Rückwärtsschritt.
33 Hier bremst die Regierung die längst überfällige Energiewende aus, indem durch
34 hochoffiziell laufende Kraftwerke die flexibleren und ökologisch sinnvolleren
35 Gaskraftwerke aus dem Netz gedrängt würden.

36 Zudem kommt es, dass der Klimakiller alles andere als förderlich für den
37 notwendigen Strukturwandel ist, denn solange die Bundesregierung Datteln IV nicht
38 beendet, werden Gewerbe- und Industriegebiete sowie Planungsressourcen weiter
39 an diese überflüssige und schädliche Technologie wie die Kohleindustrie
40 verschwendet und für zukunftsfähigere Entwicklung blockiert. Nach der vollkommen
41 maßlosen Abstandsregel für Windräder würde damit bereits die zweite Branche
42 sabotiert, auf die wir für eine erfolgreiche Dekarbonisierung angewiesen sind.

43
44 Dabei bieten die erneuerbaren Energien und der Strukturwandel ein großes
45 Potenzial für die Region, welches durch das Festhalten an Technologien der
46 Vergangenheit ausgebremst wird.

47 Nach dem überzogenen und energie- wie industriepolitisch schädlichen
48 Mindestabstand für Windräder und dem Ende der Förderung der Solarenergie wird
49 durch das Verstopfen des Netzes mit unflexiblen Steinkohlekraftwerken der
50 Dekarbonisierung der Stromversorgung ein weiterer Stein in den Weg gelegt.
51 Gaskraftwerke, die flexibel genug sind um erneuerbare Energieerzeugung in der
52 Übergangsphase zu ergänzen werden durch Datteln 4 ausgebremst. Wir brauchen
53 einen entschlossenen Ausbau der erneuerbaren Energien statt neuer
54 Kohlekraftwerke! In dem Bereich der erneuerbaren Energien liegt dabei Potenzial
55 für ...

56 Aber nicht nur die Liste der Probleme für die deutsche Energiepolitik sowie die
57 regionale Strukturpolitik ist lang. Auch global richtet die Inbetriebnahme des
58 Kraftwerks massiv weiteren Schaden an. Seit 2018 wird in Deutschland keine
59 Steinkohle mehr abgebaut, für den Betrieb der Steinkohlekraftwerke wird die
60 Steinkohle seitdem vollständig aus anderen Ländern wie Russland oder Kolumbien

61 importiert.
62 Diese Kohle wird nicht umsonst von Akteuren der Zivilgesellschaft als
63 "Blutkohle" bezeichnet, denn die Abbaubedingungen sind menschenunwürdig, die
64 Gewässer und Böden werden vergiftet, die lokale Bevölkerung wird
65 Zwangsumgesiedelt und gegen Menschenrechts- und Umweltaktivisten wird mit
66 aggressiven Repressionen vorgegangen. Mit einer Energiepolitik, welche die
67 Steinkohle weiter stärkt, trägt Deutschland eine Mitverantwortung für die
68 Ausbeutung von Mensch und Natur in den Abbauregionen. Auch deshalb braucht es
69 einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohle.

70 Die sich nun abzeichnenden Entschädigungszahlungen aus Steuergeldern vergolden
71 den fossilen Konzernen ohne nennenswerte Gegenleistung den viel zu langsamen
72 Kohleausstieg.

73 Insbesondere Entschädigungen für die Kohlebetreiber*innen stellen eine
74 Subvention ohne Gegenleistung dar. Statt Milliarden subventionen für Großkonzerne
75 sollte das Geld für wirksamen Klimaschutz und zur Unterstützung der Menschen
76 benutzt werden, die ihr Einkommen aufgrund des Strukturwandels verlieren. Für
77 Technologien der Vergangenheit muss es keine Planungssicherheit geben.

78 Sollte es dazu kommen, dass Datteln 4 ans Netz geht, erklären wir uns
79 solidarisch mit den sich abzeichnenden Demonstrationen sowie mit
80 Protestaktionen, die zivilen Ungehorsam miteinschließen.

81 Die GRÜNE JUGEND NRW stellt sich klar gegen die Inbetriebnahme von Datteln IV,
82 denn Kohle ist ein Energieträger ohne Zukunft, für den kein Baum mehr gefällt,
83 keine Kohle mehr abgebaut und auch kein Kraftwerk mehr ans Netz gehen soll.

84
85 Ende Gelände hat für Mai 2020 Proteste am Kraftwerk Datteln IV angekündigt. Wir
86 erklären uns solidarisch mit Ende Gelände und freuen uns, gemeinsam gegen die
87 Verfeuerung unserer Zukunft auf die Straße zu gehen.

88
89 End Coal Now - Glück Auf!

Begründung

erfolgt mündlich

V8

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 26.01.2020)

Titel: **Menschenrechte dürfen nicht länger
Profitinteressen von Unternehmen
untergeordnet werden - Lieferkettengesetz jetzt!**

Antragstext

1 Als es im Jahr 2013 in einer Textilfabrik in Bangladesch zum Einsturz kam,
2 gingen Bilder von Trümmern der Fabrik, verzweifelten Überlebenden und
3 verbrannten T-Shirts und Pullovern um die Welt. Als ein paar Stunden nach dem
4 Unglück bekannt wurde, dass auch deutsche Textilhersteller*innen dort
5 produzierten, fühlte sich die Kleidung an unseren Körpern ganz anders an. Aber
6 was können die Konsument*innen dieser Kleidung schon über die Herstellung dieser
7 wissen. Sie gehen nicht davon aus, dass die Kleidung, welche sie tragen, zu
8 Ungerechtigkeit und zum Bruch der Menschenrechte beiträgt.

9 Die Bundesregierung setzt bislang darauf, dass sich Unternehmen freiwillig an
10 die Menschenrechte halten. Doch wir sind überzeugt:

11 Freiwillige Initiativen können das Problem nicht lösen, es braucht einen
12 gesetzlichen Rahmen. Denn nur so kann verbindlich sichergestellt werden, dass
13 Unternehmen Menschenrechte in ihrer gesamten Lieferkette achten und
14 Verantwortung übernehmen. Wer auf freiwillige Initiative setzt, wälzt die
15 Verantwortung auf Verbraucher*innen ab.

16 Der deutsche Konzern Bayer verkauft in Brasilien sowohl Glyphosat als auch fünf
17 weitere Pestizide, die in der EU nicht mehr zugelassen und hochgiftig sind. Dort
18 werden jährlich mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen registriert. Pro
19 Jahr sterben dadurch durchschnittlich 148 Menschen.

20 Ein weiteres Pestizid, welches dort in den Einsatz kommt, ist das krebserregende
21 Insektenpestizid Larvin, das im Baumwoll-, Mais- und Sojaanbau eingesetzt wird.
22 Es wird sowohl aus dem Flugzeug, als auch mit Hilfe von Sprühfahrzeugen
23 ausgebracht.

24 Es entsteht ein besonderes Gesundheitsrisiko für die Menschen, die in der
25 Landwirtschaft arbeiten oder in der Umgebung leben. So wurden auch in vielen
26 brasilianischen Städten Pestizidrückstände im Trinkwasser gefunden, darunter
27 vier Wirkstoffe von Bayer. Bayer kontrolliert seine Geschäftspraktiken und deren
28 Folgen auf Gesundheit und Umwelt in Brasilien nicht ausreichend. Auch in anderen
29 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens verkauft der Konzern diese giftigen
30 Pestizide, die auf dem europäischen Markt verboten sind.

31 Weltweit leiden Mensch und Natur unter den Geschäften deutscher und europäischer
32 Unternehmen, während diese keinerlei Konsequenzen befürchten müssen.

33 Unternehmen besitzen im globalen Wirtschaftssystem viel Macht. Daher kommen sie
34 oft unbehelligt davon, wenn sie Profit über Achtung der Menschenrechte und
35 Umwelt stellen. Die davon Betroffenen - seien es Arbeitnehmer*innen, Betroffene
36 von Umweltverschmutzung, Klimawandel und Kriegsverbrechen, aber auch
37 Verbraucher*innen- haben kaum Möglichkeiten, sich zu Wehr zu setzen.

38 Die GRÜNE JUGEND NRW sieht es als Ungerecht an, dass diese Firmen und Konzerne
39 Sonderklagerechte genießen, während Betroffene dieses rücksichtslosen Handelns
40 von Unternehmen keine Klagemöglichkeit gegen diese haben.

41 Einem solchen Machtungleichgewicht können Gesellschaft und Politik durch
42 gesetzliche Regelungen entgegenwirken. In besonders hohem Maße verantwortlich
43 ist dabei die Europäische Union, die sich als globale Wirtschafts- und
44 Friedensnobelpreisträgerin, für Menschenrechte und Menschenwürde verpflichtet
45 hat. Derzeit ist die EU aber noch sehr weit davon entfernt.

46 Wenn der Welthandel ökologisch und gerecht gestaltet werden soll, dürfen wir
47 die Augen nicht vor den Lieferketten und den Bedingungen, unter denen im Rahmen
48 dieser produziert wird, verschließen. Ein Lieferkettengesetz verpflichtet
49 Unternehmen- wie zum Beispiel Bayer- dazu, die tatsächlichen und potenziellen
50 Auswirkungen ihrer Geschäfte zu prüfen und diese zu beenden. Ebenso könnten
51 Menschen, welche von Auswirkungen von Konzernen ausgesetzt sind, diese auf
52 Entschädigung verklagen.

53 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert ein Lieferkettengesetz auf EU-Ebene und unterstützt
54 die Initiative Lieferkettengesetz, denn wir wollen die wachsende Macht von

55 Konzerne nicht alternativlos in Kauf nehmen, sondern globale Solidarität durch
56 die Wirtschaft.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 01.02.2020)

Titel: **Menschenrechte dürfen nicht länger
Profitinteressen von Unternehmen
untergeordnet werden - Lieferkettengesetz jetzt!**

Antragstext

1 Als es im Jahr 2013 in einer Textilfabrik in Bangladesch zum Einsturz kam,
2 gingen Bilder von Trümmern der Fabrik und verzweifelten Überlebenden um die
3 Welt. Als ein paar Stunden nach dem Unglück bekannt wurde, dass auch deutsche
4 Textilhersteller*innen dort produzierten, fühlte sich die Kleidung an unseren
5 Körpern ganz anders an. Aber was können die Konsument*innen dieser Kleidung
6 schon über die Herstellung dieser wissen. Sie gehen nicht davon aus, dass die
7 Kleidung, welche sie tragen, zu Ungerechtigkeit und zum Bruch der Menschenrechte
8 beiträgt.

9 Die Bundesregierung setzt bislang darauf, dass sich Unternehmen freiwillig an
10 die Menschenrechte halten. Doch wir sind überzeugt:

11 Freiwillige Initiativen können das Problem nicht lösen, es braucht einen
12 gesetzlichen Rahmen. Denn nur so kann verbindlich sichergestellt werden, dass
13 Unternehmen Menschenrechte in ihrer gesamten Lieferkette achten und
14 Verantwortung übernehmen. Wer auf freiwillige Initiative setzt, wälzt die
15 Verantwortung auf Verbraucher*innen ab.

16 Der deutsche Konzern Bayer verkauft in Brasilien sowohl Glyphosat als auch fünf
17 weitere Pestizide, die in der EU nicht mehr zugelassen und hochgiftig sind. Dort
18 werden jährlich mehr als 6.000 Fälle von Pestizidvergiftungen registriert. Pro
19 Jahr sterben dadurch durchschnittlich 148 Menschen.

20 Ein weiteres Pestizid, welches dort zum Einsatz kommt, ist das krebserregende
21 Insektenpestizid Larvin, das im Baumwoll-, Mais- und Sojaanbau eingesetzt wird.
22 Es wird sowohl aus dem Flugzeug, als auch mit Hilfe von Sprühfahrzeugen
23 ausgebracht.

24 Es entsteht ein besonderes Gesundheitsrisiko für die Menschen, die in der
25 Landwirtschaft arbeiten oder in der Umgebung leben. So wurden auch in vielen
26 brasilianischen Städten Pestizidrückstände im Trinkwasser gefunden, darunter
27 vier Wirkstoffe von Bayer. Bayer kontrolliert seine Geschäftspraktiken und deren
28 Folgen auf Gesundheit und Umwelt in Brasilien nicht ausreichend. Auch in anderen
29 Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens verkauft der Konzern diese giftigen
30 Pestizide, die auf dem europäischen Markt verboten sind.

31 Weltweit leiden Mensch und Natur unter den Geschäften deutscher und europäischer
32 Unternehmen, während diese keinerlei Konsequenzen befürchten müssen.

33 Unternehmen besitzen im globalen Wirtschaftssystem viel Macht. Daher kommen sie
34 oft unbehelligt davon, wenn sie Profit über Achtung der Menschenrechte und
35 Umwelt stellen. Die davon Betroffenen - seien es Arbeitnehmer*innen, Betroffene
36 von Umweltverschmutzung, Klimawandel und Kriegsverbrechen, aber auch
37 Verbraucher*innen- haben kaum Möglichkeiten, sich zu Wehr zu setzen.

38 Die GRÜNE JUGEND NRW sieht es als Unrecht an, dass diese Firmen und Konzerne
39 Sonderklagerechte genießen, während Betroffene dieses rücksichtslosen Handelns
40 von Unternehmen keine Klagemöglichkeit gegen diese haben.

41 Einem solchen Machtungleichgewicht können Gesellschaft und Politik durch
42 gesetzliche Regelungen entgegenwirken. In besonders hohem Maße verantwortlich
43 ist dabei die Europäische Union, die sich als globale Wirtschaftsmacht und
44 Friedensnobelpreisträgerin für Menschenrechte und Menschenwürde verpflichtet
45 hat. Derzeit ist die EU sehr weit von diese Ansprüchen entfernt.

46 Wenn der Welthandel ökologisch und gerecht gestaltet werden soll, dürfen wir
47 die Augen nicht vor den Lieferketten und den damit verbundenen
48 Produktionsbedingungen verschließen. Ein Lieferkettengesetz verpflichtet
49 Unternehmen- wie zum Beispiel Bayer- dazu, die tatsächlichen und potenziellen
50 Auswirkungen ihrer Geschäfte zu prüfen und diese zu beenden. Ebenso könnten
51 Menschen, welche den Auswirkungen der Konzerne ausgesetzt sind, diese auf
52 Entschädigung verklagen.

53 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert ein Lieferkettengesetz. Konzerne und
54 Organisationen, welche in Deutschland und der EU operieren, müssen rechtlich

55 daran gebunden sein, Menschenrechte sowie Umweltverträglichkeit entlang der
56 Wertschöpfungskette der einzelnen Produktionsstufen sicherzustellen. Dies
57 beinhaltet u.a. neben der Kinder- und Arbeitnehmer*innenrechte auch den
58 Konsument*innenschutz. Verstöße gegen diese Grundsätze müssen sanktioniert
59 werden. Deshalb unterstützen wir die Initiative Lieferkettengesetz, denn wir
60 wollen die wachsende Macht von Konzernen nicht alternativlos in Kauf nehmen.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Frederik Paul Antary

Titel: **Gemeinnützigkeit für den VVN statt für Uniter
und JouWatch**

Antragstext

1 Ende September 2019, knapp sechs Wochen nach dem Anschlag von Halle, hat das
2 Berliner Finanzamt der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der
3 Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) den Status der Gemeinnützigkeit
4 entzogen. Damit entschied es anders als das Finanzamt Oberhausen-Süd, welches
5 kurz davor noch auf der gleichen Grundlage, nämlich der Erwähnung im
6 Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern, entschieden hatte die
7 Gemeinnützigkeit nicht abzuerkennen. Durch die Berliner Entscheidung würden für
8 den Bundesverband des VVN Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe fällig und
9 er wäre in seiner Existenz bedroht.

10 Zeitgleich gilt der Status der Gemeinnützigkeit für einen Verein wie JouWatsch,
11 welcher explizit mit dem Hinweis: "Sie sparen mit jeder Spende Steuern und
12 können so dem ‚Merkel-Regime‘ noch zusätzlich eins auswischen." um Spenden
13 wirbt. Auch der Verein Uniter, dessen Mitglieder mit Blick auf einen kommenden
14 Tag X Ätzkalk und Leichensäcke bestellt hatten, verfügt nach wie vor über die
15 Möglichkeit finanzielle Zuwendungen durch Spender*innen gegenüber dem Fiskus
16 abzusetzen.

17 Losgelöst von der Frage, ob für manche Vereine ein Verbot oder eine verstärkte
18 Überwachung durch staatliche Behörden angemessen wäre, wollen wir, dass für die
19 Zukunft einen klarer definierten Gemeinnützigkeitsbegriff etabliert wird.

20 Und für uns muss klar sein: Antifaschismus muss unter diesen Begriff fallen.

21 Antifaschismus ist gemeinnützig.

Begründung

einerseits mündlich, andererseits in diesen Quellen

<https://www.tagesspiegel.de/politik/uniter-und-jouwatch-wenn-extrem-rechte-vereine-als-gemeinnuetzig-gelten/24066402.html>

<https://berlin.vvn-bda.de/2019/11/offener-brief-von-esther-bejarano-an-olaf-scholz-das-haus-brennt-und-sie-sperren-die-feuerwehr-aus/>

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-03/nichtregierungsorganisationen-attac-steuervorteile-uniter-jouwatch-rechtsradikalismus-finanzamt>

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (beschlossen am: 01.02.2020)

Titel: **Gemeinnützigkeit für den VVN statt für Uniter
und JouWatch**

Antragstext

1 Ende September 2019, knapp sechs Wochen nach dem Anschlag von Halle, hat das
2 Berliner Finanzamt der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der
3 Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) den Status der Gemeinnützigkeit
4 entzogen. Damit entschied es anders als das Finanzamt Oberhausen-Süd, welches
5 kurz davor noch auf der gleichen Grundlage, nämlich der Erwähnung im
6 Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern, entschieden hatte die
7 Gemeinnützigkeit nicht abzuerkennen. Durch die Berliner Entscheidung würden für
8 den Bundesverband des VVN Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe fällig und
9 er wäre in seiner Existenz bedroht.

10 Zeitgleich gilt der Status der Gemeinnützigkeit für einen Verein wie JouWatsch,
11 welcher explizit mit dem Hinweis "Sie sparen mit jeder Spende Steuern und können
12 so dem ‚Merkel-Regime‘ noch zusätzlich eins auswischen." um Spenden wirbt. Auch
13 der Verein Uniter, dessen Mitglieder mit Blick auf einen kommenden Tag X Ätzkalk
14 und Leichensäcke bestellt hatten, verfügt nach wie vor über die Möglichkeit
15 finanzielle Zuwendungen durch Spender*innen gegenüber dem Fiskus abzusetzen.

16 Losgelöst von der Frage, ob für Vereine, die als internes Ziel die Bedrohung von
17 Menschen und einen autoritären Umsturz angeben, ein Verbot oder eine verstärkte
18 Überwachung durch staatliche Behörden angemessen wäre, fordern wir, dass für die
19 Zukunft ein klar definierter Gemeinnützigkeitsbegriff etabliert wird.

20 Und für uns muss klar sein: Antifaschismus muss unter diesen Begriff fallen.

21 Antifaschismus ist gemeinnützig.

Begründung

einerseits mündlich, andererseits in diesen Quellen

<https://www.tagesspiegel.de/politik/uniter-und-jouwatch-wenn-extrem-rechte-vereine-als-gemeinnuetzig-gelten/24066402.html>

<https://berlin.vvn-bda.de/2019/11/offener-brief-von-esther-bejarano-an-olaf-scholz-das-haus-brennt-und-sie-sperren-die-feuerwehr-aus/>

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-03/nichtregierungsorganisationen-attac-steuervorteile-uniter-jouwatch-rechtsradikalismus-finanzamt>

Verschiedene Anträge

Initiator*innen:

Titel: Stahl ist Zukunft - wenn wir ihn dazu machen!

Antragstext

1 Nach der gescheiterten Fusion mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel hat
2 ThyssenKrupp in der letzten Woche einen Abbau von rund 6000 Stellen beschlossen.
3 Mit zehntausenden Beschäftigten im Ruhrgebiet ist auch hier für viele
4 Angestellte die Zukunft ungewiss. Betriebsbedingte Kündigungen soll es vorerst
5 nicht geben, ganze Standorte wie das Warmbreitwerk in Bochum sollen aber
6 geschlossen und die Produktion samt der Angestellten zu anderen Standorten
7 verlagert werden.

8 Die GRÜNE JUGEND Ruhr beobachtet diese jahrelange Misswirtschaft von Thyssen
9 Krupp mit Sorge und Entsetzen. Alle Standorte von ThyssenKrupp im Ruhrgebiet
10 schreiben schwarze Zahlen und leisten einen immens wichtigen Beitrag zum
11 Gesamtumsatz des Konzerns. Sie sollen jetzt die Zeche für das Mismanagements
12 eines Konzerns zahlen, der sich mit Überseeengeschäften verspekuliert hat. Von der
13 Bundes- und Landesregierung werden sie alleine gelassen.

14 Es ist offensichtlich, dass ThyssenKrupp nicht die nötigen finanziellen
15 Ressourcen für einen ökologischen Umbau all seiner Hochöfen hat. Doch statt
16 diese Investitionen zu finanzieren und dafür eine Garantie aller Standorte im
17 Ruhrgebiet zu fordern, haben Landes- und Bundesregierung mit ihren unkonkreten
18 Versprechungen zu genau dieser Situation beigetragen. Dabei ist längst klar,
19 dass wir für eine gute Infrastruktur weiterhin Stahl brauchen werden und dass es
20 an der Politik liegt, wo und wie dieser produziert wird. Wir fordern deshalb:

- 21 • Ein Investitionsprogramm der Landesregierung für CO₂-neutrale
22 Wasserstoffhochöfen im Ruhrgebiet. Im Gegenzug muss sich ThyssenKrupp
23 verpflichten, alle Stellen zu erhalten und die geplanten Streichungen

24 zurückzunehmen. Dazu kann auf Mittel aus dem Investitionsfonds des Europäischen
25 Emissionsrechtehandels zurückgegriffen werden.
26 Weiter fordern wir mutige Förderprogramme für Forschung und Investitionen im
27 Bereich (Hochleistungs-) Wasserstoffelektrolyse, statt weiterer Subvention
28 fossiler und nuklearer Technologien.

29 • Die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen für Stahl, der ökologisch und sozial
30 produziert wird. Wir fordern höhere Steuern für Billigimporte, die unter
31 unklaren Produktionsbedingungen zu Stande gekommen sind.

32 • Eine Europäische Stahlstrategie, die der Stahlproduktion eine besondere Rolle
33 in der Industriepolitik und Handelspolitik zukommen lässt. Es muss klar sein,
34 dass durch neue Freihandelsabkommen keine Nachteile für den Europäischen Stahl
35 entstehen und die Beschäftigten in der Stahlindustrie Europas nicht
36 gegeneinander ausgespielt werden. Stattdessen braucht es breitere
37 Investitionsprogramme für den Erhalt der Arbeitsplätze und den ökologischen
38 Umbau der Industrie.

39 • Eine drastische Einschränkung von aggressiven Hedgefonds, die zum Ziele ihrer
40 Vermögensmaximierung bereit sind Menschen in die Armut zu schicken. So hält die
41 Investmentgesellschaft Cevian Capital 15% der Anteile an ThyssenKrupp und strebt
42 immer noch und ohne Rücksicht auf Verluste eine Zerschlagung des Konzerns an.
43 Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, damit solche Anlegergesellschaften ihre
44 Stimmrechte verlieren und als Ultima Ratio von ihren Anteilen enteignet werden
45 können, wenn sie nicht im Interesse des Gemeinwohls handeln.

46 • Und weiterhin: Den Erhalt aller Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp. Denn die
47 aktuelle Lage zeigt, dass Klimaschutz und der Erhalt von Arbeitsplätzen nicht
48 gegeneinander stehen. Klimaschutz und Arbeitsplätze funktionieren nur Hand in
49 Hand und deshalb haben die Beschäftigten unsere volle Solidarität.

50 Stahl ist nicht Vergangenheit, Stahl ist die Zukunft des Ruhrgebiets. Und wir
51 kämpfen mit den Kruppianer*innen im Ruhrgebiet dafür, dass er die Säule unserer
52 ökologischen Zukunft wird!

Begründung

erfolgt mündlich